



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Herbert Woerlein, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Susann Biedefeld, Ilona Deckwerth, Dr. Paul Wengert** und **Fraktion (SPD)**

Riedberger Horn: Jetzt Konsequenzen ziehen – nachhaltige Politik in bayerischen Alpen verwirklichen!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Änderung des Alpenplans, die den Bau einer Skischaukel am Riedberger Horn ermöglichen sollte, so schnell wie möglich wieder rückgängig zu machen und den Alpenplan in seiner ursprünglichen Form wiederherzustellen.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten, wie sie eine nachhaltige und klimafreundliche Tourismusentwicklung im gesamten bayerischen Alpenraum fördern will. Dabei soll besonders darauf eingegangen werden, welche Haushaltsmittel für die Förderung von nachhaltigen und umweltfreundlichen Tourismus- und Verkehrsangeboten zur Verfügung gestellt werden.

Begründung:

Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat mit den Bürgermeistern der beiden Gemeinden Balderschwang und Obermaiselstein ausgehandelt, für mindestens 10 Jahre auf eine Skischaukel am Riedberger Horn zu verzichten. Die beiden Gemeinden erhalten dafür eine „Entschädigung“ von ca. 20 Mio. Euro für verschiedene Tourismus-, Bildungs- und Verkehrsprojekte.

Das Projekt Skischaukel muss jetzt aber tatsächlich endgültig beendet und nicht nur aufgeschoben werden. Auch die negative Präzedenzfallwirkung muss so schnell wie möglich beseitigt werden. Das kann nur durch eine Wiederherstellung des Alpenplans in seiner ursprünglichen bewährten Form geschehen. Die positive Wirkung des bayerischen Alpenplans über 45 Jahre und die internationale hohe Anerkennung, die er als Teil des Landesentwicklungsprogramms erfährt, wurde auch in einer Expertenanhörung des Landtags im Juni 2017 deutlich.

Der oben erwähnte Handel mit den beiden Gemeinden wirft nicht nur die Frage auf, warum der Verzicht auf ein offensichtlich rechtswidriges Projekt (Verstoß gegen das Bodenprotokoll der Alpenkonvention) finanziell belohnt wird.

Die Internationale Alpenkonvention verpflichtet uns, eine nachhaltige Entwicklung im Alpenraum zu fördern und zu betreiben. Dafür fehlt bisher ein umgreifendes und wirkungsvolles Konzept der Staatsregierung für den gesamten Bereich der bayerischen Alpen. Auch andere Gemeinden in den bayerischen Alpen bedürfen der Förderung von Klimaschutz- und Nachhaltigkeits-Projekten.

Ein derartiges Konzept muss nicht nur einen umweltfreundlichen Tourismus und die Förderung des öffentlichen Verkehrs miteinbeziehen, sondern insgesamt eine Vorstellung von nachhaltiger Entwicklung im Sinne der Alpenkonvention aufzeigen. Es ist deshalb überfällig, dass die Staatsregierung dem Landtag über ihre Maßnahmen und Absichten in diesem Zusammenhang Bericht erstattet.